

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kk., Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. vierteljährlich 48.— Kk., halbjährlich 96.— Kk., ganzjährig 192.— Kk. Für Deutschböhmen monatlich 120.— Sk., für Deutschland 16.— Mk. Postspartafaktonto 57544. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Die Krise im Kohlenbergbau.

Es ist kein Zweifel mehr, die Krise des tschechoslowakischen Kohlenbergbaues treibt einer Entscheidung zu. In dem größten Reviere, Mährisch-Strau, sind die Verhandlungen, die wie es schien, beendet waren, neuerlich ins Stocken und beinahe bis zum Scheitern gediehen. Er handelt sich um nicht weniger, als daß die Bergarbeiter und ihre Vertreter den Prager Verhandlungen die Deutung geben, daß für die zwei Monate November und Dezember der Lohnvertrag unvermindert in Gültigkeit bleibt, daß andererseits die Förderung im Monat November und Dezember um je zehn Prozent zu steigen habe. Eine Herabsetzung der Kohlen- und Kokspreise, zu der sich die Unternehmer verpflichten müßten, ist bereits eingeleitet. Bei der Durcharbeitung der detaillierten Verhandlung in Mährisch-Strau hat sich nun ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den Anschauungen der Bergarbeiter- und Unternehmervertreter gezeigt. Die Unternehmer lehnen der Prager Verhandlung den Sinn bei, daß mit Beginn vom 6. November die Sätze herabgesetzt werden, während die Arbeitervertreter diese Ansicht nicht teilen. Nachdem die Bergbauunternehmungen Ostaus auf ihrem Werke eine Kundgebung angeschlossen, bezugsfolge ab 6. November eine Sätzeherabsetzung stattfindet, herrscht im Reviere große Aufregung, da naturgemäß in einer Zeit der steigenden Preisbildung niemand den Bergarbeitern zumuten kann, billiger zu arbeiten.

In den böhmischen Braunkohlenrevieren, in welchen sich die Betriebsbeschränkungen und -Einstellungen schon seit über einem halben Jahre ständig mehren, hat sich die Krise ebenfalls stark zugespitzt. Die Unternehmungen des Falkenauer Gebietes haben den Lohnvertrag aufgelündigt und die Organisation der Bergwerksbesitzer im nordwestlichen Böhmen (Brüx) haben den Bergarbeiterorganisationen angekündigt, die Anschaffungsbeiträge abzubauen und eventuell eine Lohnregulierung (die natürlich nur eine Reduzierung sein könnte) anzustreben. Diese augenblicklich verschärfte Krise des Braunkohlenbergbaues hat nach den Angaben der Bergwerksbesitzer ihre unmittelbare Ursache in dem Marktschwund. Die Situation im Kohlenbergbau des tschechoslowakischen Staates ist der Situation, in der sich der englische Kohlenbergbau mit Beginn des Jahres 1921 befand, vertauselt ähnlich. Die nordwestböhmischen Braunkohlengruben haben in der letzten Zeit etwa 20% und die der Falkenauer Gruben etwa 40% der verbrauchten Kohle nach Deutschland geliefert, zu einem Preis, der von der Regierung im Verhältnis zum Inlandspreis sehr hoch angesetzt war. Nach den getroffenen Vereinbarungen mußten die deutschen Abnehmer beinahe den doppelten Preis für böhmische Braunkohle entrichten, den die inländischen Verbraucher bezahlten. Für mittelgute nordwestböhmische Kohle wurde beispielsweise ein Auslandspreis von der Regierung von 19.60 Mark per Tonne festgesetzt zu einer Zeit, wo die Mark eine Krone zwanzig Heller kostete. Den erzielten höheren Auslandsgewinn teilten die Unternehmer und der Staat zu gleichen Teilen. War der Auslandspreis nach Umrechnung von Mark auf Kronen um zehn Kronen per Tonne höher als der Inlandspreis, und dies war tatsächlich der durchschnittliche Exportgewinn, so bekam der Staat von jeder Tonne nach Deutschland gelieferter Braunkohle fünf Kronen, während dem Unternehmer ebenfalls fünf Kronen verblieben. Die Unternehmer erklären nun ausnahmslos, daß sie diesen Exportgewinn als Äquivalent für die zu niedrigen Inlandsbraunkohlenpreise erhielten.

### Bergarbeiterversammlungen in Westböhmen.

Sonntag, den 13. November fanden vier große Versammlungen der Bergarbeiter des Karlsbader Revieres statt und zwar in Falkenau, wo Genosse Grundl und in Königsdorf, wo Genosse Kah sprachen. Die Bergarbeiter des Elbogener Revieres versammelten sich in Chodau. Das Referat erstattete Gen. Schuster. Die Versammlung für das Karlsbader Gebiet wurde im Arbeiterheim in Alt-Kohlau abgehalten, wo Genosse Slob das Referat erstattete. In der überall einstimmig angenommenen gleichlautenden Resolution wird gesagt, daß die Arbeiter in der Kündigung des Lohnvertrages einen Angriff der Reaktion auf ihre primitivsten Rechte erblicken. Da die Preise der Lebensmittel, in den letzten Wochen gestiegen sind, ist die Kündigung der Vereinbarungen eine Provokation. Die Versammelten wiederholen die Forderungen der am 2. Oktober 1921 in Chodau stattgefundenen Betriebsratkonferenz des Karlsbader Revieres, in der die Förderung der Kohlenausfuhr, Minderung der Bahntarife, Herabsetzung der Kohlensteuer,

Kohlenzwangshandlats und stärkere Heranziehung der westböhmisches Reviere zu staatlichen Lieferungen verlangt wurde. Die Bergarbeiter erklärten, daß sie den Kampf für die Durchsetzung dieser Forderung mit allen Mitteln führen werden. Sie können eine Verschlechterung ihrer Lage unter den derzeitigen bestehenden Verhältnissen unter keinen Umständen zulassen.

#### Ein Einigungsversuch.

Mähr.-Strau, 15. November. Die Lage im Konflikt der Bergarbeiterschaft und der Gewerke hat sich bisher nicht geändert. Seitens der Regierendes, welche mit den Gewerkschaften und der Bergarbeiterschaft in Verbindung steht, wird ein friedlicher Ausweg aus der gegenwärtigen Krise gesucht.

Mittritt eines Bergarbeitersekretärs. Der Mitglied eines tschechisch-bürgerlichen Blattes zufolge ist der Sekretär des tschechischen Bergarbeiterverbandes Brda von seiner Stelle zurückgetreten.

## Gegen die Abrüstung zu Lande. Frankreich dagegen mit Rücksicht auf Deutschland und Sowjetrußland.

Paris, 15. November. Der Sonderberichterstatter des „Intransigent“ in Washington will wissen, daß die Einbringung eines Vorschlages für die Abrüstung zu Lande entweder von englischer oder italienischer Seite unmittelbar bevorsteht. Briand habe sich gestern Abend mit der englischen Delegation besprochen. Im Laufe der bevorstehenden Erörterung wird vielleicht Polen wegen seiner 300.000 Mann starken Armee Schicksal ausgesprochen sein. Italien mit seinen 280.000 Mann wird vielleicht mit Rücksicht auf seine Bevölkerungsziffer eine Einschränkung vornehmen. Was Frankreich anlangt, so wird es vor der Konferenz den Beweis liefern, daß Rußland heute 1.600.000 Mann mit 500.000 Bajonetten und starker Kavallerie unter Waffen hat und morgen 12 Millionen Menschen mobil machen könne. Die französische

Delegation will ferner andeinersehen, daß Deutschland einen Grundstock von 250.000 Mann besitzt und ohne weiteres Millionen Soldaten mit samt den nötigen Geschützen, Maschinengewehren und Flugzeugen aufbringen könne. Die französische Delegation wird auch darlegen, daß England mit den Dominionen ein Heer von 700.000 Mann hat. Es muß also Frankreich mit seinen Kolonien gestattet sein, 657.000 Mann (dies wird nach dem Berichterstatter die französische Heeresstärke Ende 1921 sein) zu unterhalten, davon 300.000 Mann im Innern des Landes. Beim Waffenstillstand hat Frankreich 4.780.000 Soldaten gehabt. Wirksame Garantien vorausgesetzt, so wird von der französischen Delegation gesagt, wird Frankreich gerne seine Armee noch mehr einschränken.

### England gegen die Abrüstung zur See.

Paris, 15. November. Nach einer vom „Lemps“ veröffentlichten Meldung aus Washington erfährt man dort, Großbritannien werde der Herabsetzung der Seerüstungen erst endgültig zustimmen, nachdem die Konferenz nicht nur die Entwaffnung der Vereinigten Staaten und Japan, sondern auch der von Frankreich und Italien geregelt hat. Es sei auch nicht unmöglich, daß die Frage der Abrüstung zu Lande mit der Frage der Abrüstung

zur See verbunden wird. Endlich wird erklärt, die Zustimmung der englischen Regierung werde vielleicht untergeordnet werden der Regelung der Fragen des Fernen Ostens. Englischen Blättern zufolge soll die Diskussion über das Problem des Fernen Ostens am Mittwoch beginnen. Amerika wird keinen bestimmten Plan wie für die Entwaffnungsfrage zur See vorlegen, sondern es jeder Delegation überlassen, eigene Vorschläge zu unterbreiten.

Nachdem nun die Mark ständig im Preise gesunken ist, zunächst auf 100, 90, 80, auf 50 und zeitweise bis auf 25, so verlangten die Unternehmer von der Regierung die Erhöhung der Inlandskohlenpreise oder Freigabe der Kohlenpreisbestimmungen und des Kohlenhandels. Die Kohlenpreisrückgang will die Regierung nicht bewilligen. Gegen die freie Preisbestimmung und gegen den Freihandel nehmen die Bergarbeiter Stellung, da dadurch jetzt mehr als je die ganze Kohlenwirtschaft der drei großen Konzernen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert würde. Solcherart erklärten die Unternehmer,

bleibt ihnen kein anderer Ausweg, als die Gestehungskosten herabzusetzen und unter den Gestehungskosten verstehen sie zunächst die Lohnkosten. Dadurch ist die Lohnfrage für alle Bergarbeiter der Republik ausgetrollt worden.

Es ist ein Usin zu glauben, daß durch die Reduzierung der Löhne die Krise im Kohlenbergbau gemildert oder beseitigt werden könnte. Die Lohnkosten betragen beispielsweise bei den nordwestböhmischen Braunkohlen bei Marke Ia 22%, bei Marke I 20% und IIa 17% der Verkaufspreise. Nordböhmische Prima Kohinoor-Kohle, die heute in Prag 31 Kronen kostet, würde bei

Herabsetzung der Löhne um ein volles Drittel 32 Kronen kosten. Die Kohlensteuer samt Umsatzsteuer und Zuschläge beträgt 5 K 88 h pro Zentner, die gesamten Lohnkosten 6 K 33 h.

Direktor Langer von der Auffiger Montan-Gesellschaft, dem größten Kohlenkonzern in der Tschechoslowakei erklärte jüngst Vertretern der Bergarbeiterorganisationen, daß wenn die Krise im Braunkohlenbergbau behoben bzw. die derzeitigen Defizite auf Kosten der Löhne gedeckt werden sollten, müßten die Löhne um 54% gekürzt werden! In der Sitzung des tschechisch-wirtschaftlichen Ausschusses des Kohlenrates vom 7. November erklärte derselbe Herr, er sei bereit, es vor jedem Forum der Öffentlichkeit zu versprechen, daß der gegenwärtige Zeitpunkt in keiner Weise zur Herabsetzung der Löhne geeignet sei. Die beabsichtigte Lohnherabsetzung soll einen ganz anderen Zweck erfüllen. „Gebt uns die Kohle frei“ rufen die Vertreter der großen Kohlenkonzerne „und wir kommen ohne Lohnreduzierungen über die Krise weg.“ Die Aufrollung der Lohnfrage haben ein klares und festes Ziel: Die großen Kohlenkonzerne wollen durch Freigabe des Monopolstellung in der Kohlenwirtschaft im verstärkten Maße aufrichten.

In der Zeit, da die Bergwerksbesitzer den Markt mit dem Staate abgeschlossen, demzufolge die Auslandskohlenabnehmer doppelt Inlandskohlenpreise zahlen, waren sie verschuldeten wie das Grab und würde die Mark heute noch auf 120 oder auf 100 stehen, würde kein Teufel etwas von dem Gewinn, den die Bergwerksbesitzer mit dem Staate zusammen machten, etwas erfahren. Und was tut die Regierung die angesichts dieser drohenden katastrophalen Wendung, die nun die Dinge zu nehmen scheinen? Nichts und nicht wieder nichts! Sie sagt nicht ja und nicht nein, damit es später nicht heißt, sie hätte ja oder nein gesagt. Sie hat nicht den Mut die Inlandspreise zu regeln, sie besitzt auch nicht solch Offenheit, zu den Unternehmern und Bergarbeitern zu sagen, sie ist für die freie Preisbestimmung und den Freihandel oder nicht, sie hat schon gar nicht den Mut, in der Lohnfrage der Bergarbeiter irgend eine Stellung einzunehmen. Sie löst den Dingen ihren Lauf, ist jedenfalls mit der Taktik der Unternehmer, die Löhne der Bergarbeiter zu kürzen, im Stillen einverstanden, wenn nicht gar, was mindestens sehr wahrscheinlich ist, die Unternehmer durch sie aufgezogen wurden, die Lohnfrage aufzurollen. Für diesen Staat und seine Regierung ist der Kohlenbergbau eine Meluh und nur insoweit interessiert er sich dafür. Milliarden werden durch die reguläre Kohlensteuer herein gebracht, viele Millionen dadurch, daß sich der Staat an dem Auslandsgewinn der Kohlenlieferungen beteiligte und durch Exportprämien. Die Kohlensteuer kann angeblich nicht gemindert oder aufgehoben werden, die Staatskasse könne auch nicht auf die Auslandsgewinne verzichten, die Materialpreise können nicht herabgesetzt werden, nichts rein gar nichts läßt sich tun, also Bergwerksbesitzer, hilf dir selbst und der versuche es, Dir in der glänzendsten und gewohnten Art zu helfen; durch Herabsetzung der Löhne der Bergarbeiter.

Die Löhne der Bergarbeiter haben seit November 1920 keine Erhöhung erfahren, die Preissteigerung für Nahrungsmittel von Juni bis Ende Oktober beträgt etwa 14%, die Steigerung der Preise für Wäsche, Kleider, Schuhe in derselben Zeit mehr als 20%, bei einzelnen Artikeln sogar 30%. Angesichts solcher Zustände kann es nicht zweifelhaft sein, welche Antwort die Bergwerksbesitzer und der Staat von den Bergarbeitern erhalten werden.

# Die Regierungskrise in Rumänien.

(Von unserem rumänischen Berichterstatter.)

Wieder einmal ist in Rumänien eine Regierungskrise ausgebrochen. Nicht etwa, daß das Ministerium keine Mehrheit in den beiden Kammern hätte. Da es die Wahlen gemacht hat, war es so vorsichtig, sich eine genug große Mehrheit zu sichern; aber die Opposition ist ungeduldig geworden, sie will auch schon an die Reihe kommen und läuft beim König Sturm gegen das Ministerium; so nebenbei machen beide Parteien, um dem Scheitern des allgemeinen Wahlrechtes Rechnung zu tragen, auch Versammlungen, aber das wahre Rennen findet beim König statt. Schon der ängstliche Anlauf der Krise ist nicht daranhin, eine Volksbewegung auszulösen. Das Parlament hat außer einer Reihe wichtiger Gesetze zwei große Reformen erledigt. Bei der Agrarreform stehen aneinander die Garantien und Regierungsmehrheit; aber gerade jetzt, die gegen die Regierung Sturm laufen, Liberale und ihr Personenanhang, warten für die Regierungsvorlage. Die Steuer-gesetze wurden von der Opposition wüthend verurteilt, als von der Regierung selbst und die Kritik richtete sich gegen Einzelheiten. Das alte Königreich hat nämlich bisher überhaupt keine direkten Steuern, sondern bestreift alle Ausgaben aus indirekten Abgaben und Zöllen und man muß dem Finanzminister Titulescu zugestehen, daß er Mut besaß, wenn auch den eines Diktators.

Er ließ sich drei Steuererlasse vom Par-lamente bewilligen. Das über die direkten Steuern bestimmt, daß jeder Bürger und jeder Einwohner eine Steuer vom Erwerb oder Ertrage des Vermögens und eine vom gesam-ten Einkommen zu zahlen habe. Die Erwerb- oder Ertragssteuer zahlt man in festen Pro-zenten ohne Rücksicht auf die Höhe des Ein-kommens, nur sind kleine Einkommen etwas bevorzugt. Sie beträgt die Gewerbesteuer, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um einen Klein-darsteller oder um Inhaber einer Metallfabrik han-delt, zwölf Prozent des reinen Einkommens. Der Kreisler zahlt ebenso wie der Großkaf-fmann vierzehn Prozent. Auch für die an-geschlossenen Provinzen ist die Einkommen-steuer. Sie trifft alle, die Lohn, Gehalt oder Honorare beziehen, und beträgt sechs Prozent. Doch sind Löhne und Gehälter je nach dem Wohnorte bis ca. 500, bzw. 750 Lei steuerfrei. Nebenbei ist das Monats-einkommen diesen Betrag, dann werden Beträge von 100 bis 650 Lei vom Einkommen als nicht steuerpflichtig abgezogen. Bei manuellen Arbeitern unterliegt überdies nur das Einkommen von 20 Tagen oder 100 Stunden monatlich der Steuer. Die Personaleinkommensteuer ist progressiv, doch wird das Einkommen je nach dem Ursprünge verschieden gewertet. Vom Arbeitseinkommen sind nur 50 Prozent steuerpflichtig, vom bauer-lichen oder gewerblichen Einkommen 70, vom kaufmännischen 80 und vom sonstigen 100 Pro-zent. Diese Berechnungsart ist ein Erfolg der sozialistischen Opposition, als deren Vertreter im Finanzsausschusse die Deputierten Pli-tiner und Descau saßen. Das zweite Gesetz bringt eine Vermögenssteuer, die bei Vermö-gen von 20.000 Lei beginnt — Möbel, Wäsche und Bibliotheken werden in der Praxis nicht ins steuerpflichtige Vermögen eingerechnet — und bei Vermögen von 20 Millionen aufwärts auf 25 Prozent steigt. Für Kriegsgewinne sind Zuschläge vorgesehen, für Kinder Abzüge. Das dritte Gesetz betrifft die Warenumsatz- und Luxussteuer. Die einprozentige Warenumsatzsteuer ist so oft zu zahlen, als die Ware durch verschiedene Hände geht. Sie erfaßt jeden Um-satz, den von Lebensmitteln nicht minder wie den von Zeitungen, und verteuert die Lebens-haltung empfindlich. Für eine Reihe anderer Waren, die nur zum geringsten Teile Luxus-gegenstände sind, beträgt die Steuer 10 und 15 Prozent. Diese Steuer wird nur einmal ge-zahlt. Daneben ist auch der Luxus an sich be-steuert. Wer mehr als vier Dienstdiener hat, zahlt z. B. 100 Lei jährlich u. a. u.

Diese Gesetze sind wohl Gegenstand scharfer Kritik, aber die Krise brach über ein Geschäft aus. Von Ungarn hat Rumänien in Reichha und Anina gewaltige Industrieanlagen, die in vielen an die Werkwertwerke erinnern, übernommen und sie durch Ausgabe neuer Aktien „nationalisiert“. Der Kampf geht um den Besitz der Mehrheit dieser Aktien und damit der Herrschaft über die Anlagen. Selbstver-ständlich sind die neuen Aktien weit unter ihrem Werte ausgegeben worden und haben schon im ersten Jahre „120“ Dividende ab-geworfen. Bei der Verhandlung des bezüglichen Gesetzes trat jenseit, daß etwa 100 Abge-ordnete und viele Senatoren fast aus allen bür-gerlichen Parteien Aktien besaßen — von den Sozialisten sagte ein Witz, sie hätten statt der Aktien in Reichha solche in Alaba (dem Mi-litärgefangnis), da die Hälfte der sozialistischen

Deputierten eingesperrt ist. Dieses Gesetz gab den Liberalen den Anlaß, in die schärfste Op-position zur Regierung zu treten. Sie bewogen die anderen bürgerlichen Parteien der Opposi-tion, mit ihnen das Haus zu verlassen, und diese alle verlangen seitler die Auflösung des Hauses und die Bildung eines Konzentrations-ministeriums unter Führung der Liberalen. Nur die Bauernpartei, die damals den Libera-len auf dem Leim ging, führte den Kampf gegen zwei Fronten. Der Anlaß der Krise zeigt, welchen Wesens diese hadernden Parteien sind. Sie repräsentieren beide einen Teil der Bour-geoisie u. zw. die Finanzaristokratie des Bal-kans: Bojaren, Börsenspekulanten, Abenteurer und Glücksritter, sind bald brutal, bald hinter-lässig, aber immer verlogen und kennen nur den einen Ehrgeiz, sich zu bereichern. Die Ver-sittlichung ist ihnen nur ein Zweck im vielfältigen Geschäft. Es gelingt diesen Alliquen umso eher, trotz des allgemeinen Wahlrechtes sich im Besitze der Macht zu behaupten, als die mehr bür-gerlichen Parteien der neuen Provinzen keinen Zusammenhang mit einander haben und, wie-riem nach Macht, jedem nachlaufen, der ihnen diese zu geben verspricht. Da Bukarest das poli-tische Zentrum und da das alte Königreich fast so stark ist wie alle neuen Provinzen zu-sammen, hat es diesen gegenüber trotz seiner ökonomischen Rückständigkeit einen Vorsprung.

Die Sozialisten haben, als die bürgerliche Opposition das Haus verließen, ihren Stand-punkt dahin präzisiert, daß die gegenwärtige Regierung reaktionär und arbeitersindlich sei und die Verfassung mißachte; daß aber die Füh-erer der Opposition, die Liberalen, womöglich noch reaktionärer und brutaler seien. Die So-zialisten stehen beiden gleich feindsichtig gegenüber und nehmen in dem Familienstreit: der Uly-sarchie überhaupt nicht Partei. Das ist ihre Haltung auch heute. Ob Averescu oder Bratiana, für die Arbeiter bleibt der Kampf gleich schwer.

## Inland.

**Aufhebung des Standrechtes in Graslitz.** Dienstag Mittag sprach beim Ministerpräsi-denten Dr. Beneš die Abordnung des Parteivorstandes der deutschen sozialdemokrati-schen Arbeiterpartei, bestehend aus den Genos-sen Dr. Czoch, Cermak und Dr. Heller, vor, der der Ministerpräsident die Mitteil-ung machte, daß noch am selben Tage über Beschluß des Ministerrates das Stand-recht für den Bezirk Graslitz aufgehoben wird. Ferner erklärte er, daß die Regie-rung den Hinterbliebenen und den Verletzten Vorschüsse auf ihre Entschä-digungsansprüche auszahlen werde, um so in den dringendsten Fällen rasche Abhilfe zu schaffen. In der Rücksprache wurde so-dann noch eine Reihe von aktuellen außenpoli-tischen und innerstaatlichen Fragen erörtert.

Das tschechische Pressbüro meldet: Die poli-tische Bezirksverwaltung in Graslitz hat im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Kreis-gerichtes in Eger und des Staatsanwaltes in Eger am 15. November 1921 das Standrecht, das am 28. Oktober 1921 wegen der bekannten Ereignisse dortselbst proklamiert worden war, aufgehoben.

**Eine Reminiscenz.** Es ist heute ein Jahr, daß den Deutschen Prag das Landes-theater unter Umständen genommen wurde, die noch allen in lebhafter Erinnerung sind. Die Niederreißung des Teplitzer Josefdenk-mals, mit Absicht entstellte Nachrichten über wie stattgefundenen Mißhandlungen tschechischer Kinder in Eger, die Aufpeitschung der natio-nalistischen Instinkte der Prager Straße, alles das hat zu einem regelrechten Straßenüberfall auf das Prager Landestheater geführt. Es fand sich auch ein Richter, der einen Raubüberfall als höhere Gewalt ansieht und die Beschü-digungslage des Theaterdirektors abwies. Es fanden sich weiter drei Richter, die einem Un-recht durch ihr Berufsurteil ein zweites hinzusetzten. In keinem Rechtsstaat kann sich ähnliches zutragen. Der Rechtsbruch des Theaterraubes ist in dem ganzen Jahr trotz vieler Versprechungen nicht geüßt worden. Wir hoffen, daß die Regierung endlich zum rechten sehen und das deutsche Theaterleben Prags vor dem Zusammenbruch schützen wird.

**Die konfiskierte Slowakei.** Tschechen und Slo-waken sind ein Volk — so sagen die Tschechen und damit man im Ausland davon recht sehr überzeugt werde, wird von den Tschechen all das rücksichtslos unterdrückt, was die Bevöl-kerung der Slowakei, insbesondere die arbei-tende Bevölkerung, an Beschwerden gegen das tschecho-slowakische Regime vorzubringen hat. Vor kurzem hat Genosse Wittich dem Minister-präsidenten die Beschwerden der deutschen und ungarischen Sozialdemokraten in der Slowakei mitgeteilt. Der größte Teil dessen, was Wittich über die Verfolgung der Sozialdemokratie in der Slowakei, über die Verschleppung ungarischer Arbeiter, über behördliche Gewaltakte, Miß-handlung von Ausgewiesenen und über die Übergriffe der slowakischen Gen-  
jur vorbrachte, wurde in unserem Preßburger

Parteiblatt — konfiskiert. Unter dem weichen Titel steht zu lesen: Ministerpräsident Beneš versprach die dringendste Un-tersuchung und die Aufhebung der Mißstände. Der Preßburger Jenkor handelt jedenfalls jetzt schon — das beweisen die unver-mindert anhaltenden Konfiskationen der „Volksrecht“ — in den Intentionen des Herrn Ministerpräsidenten, indem er sich um die „Auf-hebung der Mißstände“ bemüht. Denn ist es nicht ein Mißstand, daß das Ausland durch die Presse erfahren kann, wie flagrant das Verhält-nis der Tschechen zur Slowakei ist?

**Eine Fälschung?** Der Abg. Krepek hat am Sonntag in Böhm.-Leipa auf dem Kreispartei-tag des Bundes der Landwirte die politische Lage erörtert und sich dabei für eine „Politik der realen Tatsachen“ ausgesprochen, zu wel-chen realen Tatsachen zugehörig er auch den tschechoslowakischen Staat erklärte. Nach dem Berichte der bürgerlichen Zeitungen sagte er dann:

„Unsere Leistungen für denjenigen, denen wir uns nicht entziehen können und die täglich weiter gehen und größer werden, können nicht durch politische oder phantastische Gesinn abge-ton werden. Sie müssen dahin führen, daß zu den Rechten, die aus Wählerleistungen her-vorgehen, auch naturgemäß einmal die Forde-rung nach einer Anteilnahme an der Macht gehört, welche diesen un-gleicheren Leistungen entspricht.“

In dem Verlaufe, den die satfam bekannte „Narodni Democraie“ über die Rede Krepek veröffentlicht, wird ihm aber eine ganz andere und höchst bedenkliche Kehrerung in den Mund gelegt. Danach soll Abg. Krepek gesagt haben:

„Zur Erfüllung unserer Verpflichtungen, denen wir uns nicht entziehen können, muß schließlich auch die Forderung nach einer Anteil-nahme der Regierungsmacht gehören. Diese Anteilnahme muß nach der Zahlungskraft des deutschen Volkes bemessen werden.“

Der Unterschied in den beiden Berichten springt in die Augen. Während der deutsche Bericht ganz allgemein davon spricht, daß den „angehoren Leistungen“ der Deutschen auch die Anteilnahme an der Macht entsprechen soll, berichtet die „Narodni Democraie“, Abg. Krepek habe die Bemessung dieser Anteilnahme „nach der Zahlungskraft des deutschen Volkes“ gefordert, was allerdings weitab von aller Demokratie liegen würde. Wir führen dies an, weil die „Narodni Democraie“ dar-an folgende Bemerkungen knüpft:

„Die Deutschen wünschen, wie man sieht, eine Verösterreichung der tschechoslowakei. Sie können sich nicht einmal mit dem Geiste der Demokratie annehmen, der die politischen Rechte nicht nach dem Geldstand zumisst, wie dies in Oesterreich geschah... Wenn die Zah-lungsfähigkeit der Klassen für die Verteilung der staatlichen Macht wäre, würden die Deut-schen nicht falsch davonkommen... Aber mit Krepek's Einfluß wird es nicht... Der tschecho-slowakische Staat ist der Staat des tschecho-slowakischen Volkes, er ist ein nationaler Staat. Darum muß seine Regierung eine tschechoslo-wakische sein. Möglich, daß es späterhin mög-lich sein wird, einen oder zwei Vertreter der Deutschen in die Regierung zuzulassen, aber diese Zeit ist noch weit.“

Abgesehen davon, daß es bemerkenswert ist, welche Ausnahme die von Krepek geforderte „Politik der realen Tatsachen“ hier findet, legt das nationaldemokratische Blatt seinen Betrach-tungen auch einen ganz anderen Redetext un-ter, so daß man schon begierig sein kann, wer es ist, der über die Rede Krepek's einen ge-fälligen Bericht bringt: die deutschbürger-liche Presse oder die „Narodni Democraie“.

**Ein Streit innerhalb der tschechischen katho-lischen Geistlichkeit.** Die tschechische katholische Geistlichkeit ist in zwei Vereinen organisiert: einem unabhängigen Verein und einem Verein jener Geistlichen, die der tschechischen katholi-schen Volkspartei angehören. Der unabhängige Verein „Rednota“ hat nun an den Papst ein Memorandum gerichtet, in welchem verschiedene Kirchenreformen verlangt werden (tschechischer Gottesdienst, Abschaffung des Zölibates, De-mokratisierung der Kirche). In dem Memoran-dum werden in offener und tapferer Weise die Gründe für die Demokratisierung der Kirche angeführt. Gegen dieses Memorandum erließ der bereits erwähnte Verein der Geistlichen, welche Parteigänger der tschechischen katholi-schen Volkspartei sind, eine Generalerklärung. Es wird darin gesagt, daß die Geistlichen unter dem Deckmantel des Verlangens nach staats-bürgerlichen Rechten in die Reihen der Geis-tlichkeit Wirrwarr tragen wollen. Wiewohl auch der Felszug des oppositionellen Vereines mit einem Rückzug enden dürfte, ist doch das an den Papst gerichtete Memorandum ein bemerkenswertes Zeichen der Zeit.

**Gewerkschaftsorganisation der Gendarmen.** Den Bestrebungen der Gendarmen, sich ge-werkschaftlich zu organisieren und dadurch ihre materiellen Interessen zu schützen, setzt die Re-gierung Widerstand entgegen. Sie hat die Or-ganisation verboten, worauf, wie die „Social-isticka Budoucnost“, das Blatt der tschechischen Nationalsozialisten in Währen, meldet, sich

eine illegale Gewerkschaftskommission ge-bildet habe, die 10.000 Gendarmen zu Mitglie-dern zählt. Das Organ dieser illegalen Orga-nisation, das in 6.500 Exemplaren erscheint, ist der „Cetnich Obzor“, der an die Privat-adressen von Leuten gesendet wird, die außer-halb der Gendarmerie stehen. Demgegenüber gibt die Staatsverwaltung ein Blatt für die Gendarmen heraus, wofür die Gendarme-riestationen aus Staatsmitteln erhalten wird. Die „Tribuna“ nimmt gegen die gewerkschaft-liche Organisation der Gendarmen aus zwei Gründen Stellung: Eine gewerkschaftlich-Organisation wird, diesem Blatte nach, Argwohn stets eine politische und außerdem könnte die Gründung einer deutschen und magharischen Gendarmenorganisation nicht gehindert wer-den, wenn man eine tschechische Gendarmen-organisation erlaube. Das wäre aber eine Gefahr für den Staat. — Man sieht hier, daß die Un-gelöstheit der nationalen Frage zu einer Schä-digung selbst der tschechischen Gendarmen führt, denen man mit dem Hinweis auf die Mög-lichkeit einer deutschen Gendarmenorganisation die Schaffung einer eigenen Organisation verweigert. Während man kurz nach der nationalen Revolution des Jahres 1918 gegen die poli-tische Tätigkeit eines Soldaten oder Gendarmen außerhalb seines Dienstes nicht einzuwenden hatte, will man jetzt mit dem Schlagwort der Fernhaltung der Politik von der Armee auch den Gendarmen die rein sachliche Organisation verweigern. Gerade dadurch gerät Armee und Gendarmerie in Gefahr, der Spielball der Re-aktion zu werden.

**Die Sozialdemokraten für die Landwirt-schaft.** Bei den Beratungen des Budgetaus-schusses am 10. November d. J. brachten die Genossen Schwichhart, Laub, Uhl und Deutsch zu dem Kapitel „Landwirtschaft“ Anträge ein, die beweisen, daß die Sozialdemo-kraten der Produktivität der Landwirtschaft und dem Schutz der proletarischen Schichten der landwirtschaftlichen Bevölkerung volle Beach-tung widmen. Es wurde zunächst der Ausbau des landwirtschaftlichen Berufsicherungs-wesens angeregt, ein ein-heitliches Programm für die einzelnen Bezirke bezüglich der Maßnahmen von Bodenre-klarationen gefordert und die Frage der Schulreform eingehend von dem Gesicht-spunkte aus behandelt, daß das Landvolk zur Nationalisierung seines Arbeitsverfahrens er-zogen werde. Der Regierung wurde nahe ge-legt, die Einführung der Futtermittel zu fördern und ihre Ausfuhr zu verbieten. Eine Reform der Grundsteuer wurde in dem Sinne verlangt, daß die Kleinbetriebe durch Besteuerung größerer Besitzes entlastet werden. Die privaten Fischerei- und Aach-pächte mögen aufgehoben werden. Ein wichti-ges Kapitel behandelt endlich die Frage des Schutzes der Dienstboten und der landwirt-schaftlichen Arbeiter. — Noch spielen überall die Vertreter der Großbauern und der Groß-grundbesitzer eine große Rolle; noch werden die Vertreter der kleinen Landwirte, obgleich sie die überproportionale Zahl der landwirtschaft-lichen Bevölkerung darstellen, weder zu En-quettes noch zu Begutachtungen hinzugezogen. In diesem Sinne haben die deutschen Sozial-demokraten ebenfalls durchgreifende Verände-rungen gefordert.

**Die Slowakei und ihre Autonomie.** Die Slo-wakischen Autonomisten haben, wie wir Slo-wakischen Blättern entnehmen, wieder einige krasse Fälschungen veröffentlicht, in denen sie zeigen, wie die Tschechen die Slowaken behandeln. Es werden fremde tschechische Beamte in die Slo-wakei berufen, selbst wenn sich geborene Slo-waken zum Amtsantritt melden. Das in der Slowakei gegenwärtig eingeführte Stenogra-phielbuch hat die slowakische Sprache nicht aufgenommen, obwohl das Material vorhan-den gewesen ist. Die Tschechen kümmern sich nicht um die slowakische Volkswirtschaft. Ihre Vienenzucht, eine slowakische Spezialität, wird durch Reintungsintrigen geschädigt. — Und wie stellt sich die tschechische Bourgeoisie zur slowakischen Autonomie? Sie weist sie mit einem erhabenen Lächeln zurück.

**Die Stellung der tschechischen Sozialdemo-kratisten (Zentristen) und ihre Auf-gaben** wurden auf einer Versammlung in Nizlow erörtert. Abgeordneter Dr. Charvat er-klärte, die Partei trete auf die Plattform des Klassenkampfes und wolle die politische Macht unabhängig von den sozialen Reformisten und der Bourgeoisie sowie dem revolutionären Ro-mantismus erlangen. Zwischen diesen beiden Extremen gebe es einen mittleren Weg, der allerdings nicht gelassen ist, da man von beiden Seiten angegriffen wird. Dr. Wmann betont, die Linke sei eine staatsbildende Partei und bestrebe sich, aus allen Kräften die Republik zu unterstützen. Das trenne die Zentristen von den Kommunisten, denen gegenüber sie ein grundsätzlich gegnerisches Verhältnis einneh-men.

**Gedenket Des Fonds für euer Zentralorgan!**

### Aus dem Parlamente.

#### Der Immunitätsausschuß des Senates

Nicht die deutschen und slowakischen Senatoren aus, die wegen Hochverrates angeklagt sind. In der gestrigen Sitzung des Immunitätsausschusses des Senates, dem Dr. Strausky präsidierte, wurde über einige Forderungen betreffend die Auslieferung der Senatoren Hanus, Harkl, Luksch, Mellinek, Jesser, Chlumek, Kelimo, alle wegen des Verbrechens gegen § 65 Str.-Ges. (Hochverrat) und weiters gegen § 172 und 173 (Hochverrat) des ungarischen Strafgesetzes angeklagt. Der Referent Dr. Strausky stellte den Antrag, daß die genannten Senatoren nicht ausgeliefert werden sollen. Seine Motivierung ist recht interessant. Er sagte unter anderem: Es ist ganz klar, daß es nicht Sache des Senates ist, daß er in Fragen der Immunität sowohl hinsichtlich der materiellen, als auch der prozessuellen Seite ergründe, ob der betreffende Senator sich die in Frage stehende Tat zurechnen lassen will. Der geforderte Ausschuß ist sicherlich kein Nihil für diejenigen, die ein Verbrechen, ein Vergehen oder eine Heberretzung begangen haben. Am Schlusse seiner Ausführungen sprach Dr. Strausky folgendes: „In Wirklichkeit ist kein einziger Fall bekannt, daß in Südmähren irgend ein Akt nicht eingedrückt ist. Ebenso ist es beim Senator Harkl, der Staatsbeamter ist, undenkbar, daß er sich wirklich der Gefahr der Einlieferung der Gefährten aussetzen wollte und deshalb ist es unmöglich, eine böse Absicht seiner Rede unterzulegen. Dem Senator Luksch ist es gut bekannt, daß alle 190 Gemeinden Südmährens, von dem er sprach, dem lieben Gott und dem Versäcker Frieden dafür danken, daß sie nicht die Not mit Oesterreich teilen. Auf die Verfassung der Resolution auf der Versammlung in Kofner hatte der Senator Luksch entscheidenden Einfluß, aber es war dort gegen die großen Stimmen protestiert worden. Wenn der Senator Chlumek seiner Zuhörerkrone erzählte, daß wir vor einem Umsturz in unserer Republik stünden, daß angeblich auch die russischen Bolschewiken helfen würden und daß das Proletariat bereit wird, so fällt eine solche Rede nicht in die kriminalistische, sondern in die politische Kategorie unserer Zeit.“ Daran wurde über die Beschwerden anderer Senatoren verhandelt.

### Die Aufgaben der Frauen.

(Eine Betrachtung zur Frauenreichskonferenz.)

Die Nachwehen des Krieges, dessen unmittelbare Einwirkungen auf die weibliche Psyche ermöglichen uns besonders in der Wahlperiode, die den politischen Umwälzungen des Jahres 1918 folgte, eine eifrige Agitation unter den indifferenten Frauen. Der Erfolg dieser Werbearbeit äußerte sich in einem Anschwellen der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Deshalb konnten wir auf unserer letzten Frauenreichskonferenz über einen erfreulichen Mitgliederzuwachs berichten und uns hauptsächlich mit der Frage beschäftigen, wie wir die neu gewonnenen weiblichen Mitglieder mit sozialistischem Geiste erfüllen, aus gefühlsmäßigen Sozialistinnen flaffenbewußte Kämpferinnen für das Proletariat machen.

Dem Mitgliederzuwachs in unserer Partei folgte eine Periode von Erschütterungen, die auch die Frauenbewegung in Mitleidenschaft gezogen hat. Zunächst beeinflusste die durch die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei hervorgerufene Krise, die schließlich zur Spaltung führte, auch die sozialdemokrati-

sche Frauenbewegung in ungünstiger Weise. Es war gar nicht zu verwundern, daß gerade jene Frauen, die nach dem Kriege instinktmäßig in unser Lager kamen, weil sie von uns die baldige Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung erwarteten, sich enttäuscht von uns abwandten, als ihre Hoffnungen unerfüllt bleiben mußten. Bei diesen sozialistisch ungeschulten Frauen hatten die Kommunisten keinen schweren Stand, um sie für die Idee der sofortigen Diktatur des Proletariats zu gewinnen. Parallel mit den Bestrebungen der Kommunisten, durch Phrasen und Versprechungen einen Teil der Frauen aus unseren Reihen zu locken, ging die Wählerarbeit der gemäßigten Parteien, insbesondere der Christlichsozialen. Tatsache ist, daß den größeren Nutzen aus der Spaltung unserer Bewegung, nicht die Kommunisten, sondern die Christlichsozialen haben. In dieser Zeit der Gärung die geplante sozialistische Werbe- und Aufklärungsarbeit zu entfallen, war eine blanke Unmöglichkeit, weil für sie nicht nur die Zeit, sondern auch das Interesse und das Verständnis vollständig fehlte.

Einen nicht minder ungünstigen Einfluß als die Parteispaltung hat in der Berichtsperiode die fast ununterbrochen andauernde Industriekrise auf unsere Bewegung ausgeübt. Die Arbeitslosigkeit, die sich auf die Männer wie berufstätigen Frauen des Proletariats gleichermaßen erstreckte, brachte verjüngte materielle Not, die bei den Frauen wachsende Teilnahmslosigkeit an den politischen Ereignissen zur Folge hatte und auf die Betätigung in den Organisationen lähmend wirkte.

Ein großes Hemmnis der Entwicklung unserer Bewegung liegt in dem Mangel an Mitarbeiterinnen und Funktionärinnen. Den Genossen liegt es gewöhnlich in den feststehenden Fällen, daß wir eine dem Verhältnis unserer Zahl nicht entsprechende weibliche Vertretung besitzen. Im Gegenteil, die Genossen überall, mit wenigen Ausnahmen, sind sicher überall gern Mandate, die wir verlangen könnten, überlassen — aber zu ihrer Ausübung fehlen uns leider die Kräfte. Die Frauen wehren sich sehr häufig gegen die Übernahme von Funktionen, wohl weniger beschwert von der Sorge, ob sie dazu die Fähigkeit besitzen, sondern vor allem in dem Bewußtsein, daß sie zu ihrer Ausübung keine Zeit haben. Nun ist es eine nicht zu leugnende Tatsache, daß unserer politischen Organisation zumeist Frauen angehören, deren Beruf die Betreuung des Haushaltes ist oder Frauen, die neben dem Hausfrauenberuf der Erwerbsarbeit nachgehen müssen, die selten Zeit haben zum Lesen, zum Lernen, zum Besuch von Versammlungen und Vorträgen und die daher noch weniger Zeit zur aktiven Mitarbeit in der Organisation besitzen. Deshalb müssen wir unsere Propaganda auf eine andere Schicht von Frauen ausdehnen, die eigentlich den Kern der sozialistischen Frauenbewegung bilden: die berufstätigen Frauen. Es ist sicher, daß wir durch die Gewinnung von Berufsarbeiterinnen unsere Partei nicht nur zahlenmäßig stärken, sondern aus ihrer Mitte Mitarbeiterinnen für unsere Bewegung gewinnen würden. In unserer Frauenbewegung fehlen gerade die jüngeren Elemente, die bei den Berufsarbeiterinnen vorhanden sind, von denen nur die allerjüngsten durch die sozialistische Jugendorganisation erfasst sind. Bei der Gewinnung von Berufsarbeiterinnen werden wir den Widerstand gegen die Leistung doppelter Beiträge dadurch überwinden müssen, daß wir eine intensive Aufklärungs-

arbeit über den praktischen Wert der gewerkschaftlichen und den mehr ideellen Wert der politischen Organisation betreiben. In unserem Bestreben, die Berufsarbeiterinnen — und hier handelt es sich hauptsächlich um die Industriearbeiterinnen — mit unserer politischen Propaganda zu erfassen, werden wir jedoch unbedingt die Unterstützung der Gewerkschaften brauchen. Soweit hier die politische Propaganda durch das geschriebene Wort in Betracht kommt, geschieht dies teilweise schon heute. So beziehen fast alle Ortsgruppen der Textilarbeiter für ihre weiblichen Parteimitglieder „Die Sozialdemokratin“ und es wäre nur zu begrüßen, wenn andere Verbände dieses gute Beispiel nachahmen würden. Dem ersten Schritt, das politische Interesse bei den Berufsarbeiterinnen zu wecken, müßte der zweite naturnotwendig folgen, der in dem gesprochenen Wort, also in der Versammlungspropaganda bestünde. Wenn wir auch vorläufig leider noch nicht so weit sind, daß wir in die Gewerkschaften veranlassen können, so müssen wir wenigstens den Versuch unternehmen, die Berufsarbeiterinnen in unsere Frauenversammlungen zu bekommen, um sie dort über Zweck und Nutzen der politischen Organisation aufzuklären.

Außer den Industriearbeiterinnen kommt für uns die Gewinnung von Hausgehilfinnen in Frage. Ein guter Behelf für unsere Agitation bei den Hausgehilfinnen wird uns der Entwurf unserer Abgeordneten im Parlament zu einem neuen Hausgehilfengesetz sein.

Mit der Frage der planmäßigen Werbearbeit parallel geht das Problem der methodischen sozialistischen Erziehungsarbeit, der bereits in unseren Reihen stehenden und der neuzugewinnenden weiblichen Mitglieder. Wir müssen bei den Frauen leider immer wieder mit dem ABC des Sozialismus beginnen und sie an der Hand dieser grundlegenden Aufklärungsarbeit die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge verstehen lehren. Deshalb ist es eine irrtümliche Auffassung des Genossen Herrmann-Teplitz, wenn er in seinem kürzlich im „Sozialdemokrat“ veröffentlichten Artikel „Bildungsarbeit und Frauen“ meint, daß bisher die Organisierung der Frauen und ihre Erziehung nach den gleichen Methoden wie bei den Männern durchgeführt wurde. Richtig ist leider, daß wir bisher mit der Erziehungsarbeit nur experimentieren konnten und eine zielbewusste Methode fehlte. Die Schuld daran ist freilich nur zu einem Teil in den unruhigen Zeiten begründet, in der sich die Gesamtpartei im letzten Jahre durch die schon besprochenen Krisen befinden hat. Die Hauptschuld der Unterlassung ist auch hier nur in dem Mangel geeigneter Vortragkräfte, weiblicher Pädagogen, zu suchen. Deshalb werden die sehr gut gemeinten, schönen Anregungen des Genossen Herrmann erst dann praktischen Wert für uns besitzen, wenn wir über ausreichende geeignete Vortragkräfte verfügen werden. Vor der Einsetzung systematischer Erziehungsarbeit in jenen Fragen, die die Frauen speziell interessieren, müßte also die Ausbildung geeigneter Pädagogen erfolgen, im anderen Falle kann jede Erziehungsarbeit nur Stückwerk sein und bleiben. Wir können aber die politische Aufklärungsarbeit bei den Frauen nicht bis zu einem unbestimmten Zeitpunkt zurückstellen. Wir haben erst in der jüngsten Zeit in der für die Partei so eminent wichtigen Frage der drohenden Kriegs-

gefahr Gelegenheit gehabt, die politische Interessiertheit der Frauen zu beobachten, die sich in dem schlechten Besuch der öffentlichen Versammlungen durch Frauen äußerte. Kommen die Frauen aber nicht oder nur in geringer Anzahl in die Partei- und öffentlichen Versammlungen, dann müssen wir politische Vorträge in leichtverständlicher Form in den Frauenversammlungen halten. Nur auf diese Art werden wir allmählich den vom Genossen Herrmann mit Recht betonten falschen Standpunkt der Männer sei, überwinden und bei kommenden Wahlen verhindern, daß die Frauen unserer Bewegung fremd und uninteressiert gegenüberstehen.

Margarethe Goldschmidt.

### Sagen-Neuigkeiten.

Gerhart Hauptmann zum Gruß. Der große Dichter, der heute unter uns weilt, ist dem Herzen der deutschen Arbeiter kein Fremder. Seitdem er, ein junger Mann ohne Namen, in die Literatur vorstürzte, gehört er zu ihnen. Nicht der Parteistellung, wohl aber dem revolutionären Grundzuge seines Wesens nach. Die deutsche Bühne der achtziger Jahre war in leeren, ausgebrannten Formen erstarrt. Geistreiche französische Zuspitzung oder alberner Spatz wagten es, sich allen Ernstes „Dichtungen“ zu nennen. Das Leben mit seinen Problemen, mit seinem heißen Atem stand draußen vor der Tür der Theaterhäuser, erst Gerhart Hauptmann öffnete ihm das von Konvention und Geschäft eifersüchtig gehütete Tor. Mit wunderbarer Klarheit sah er, mit unbeirrbarer Sicherheit gestaltete er, was vor ihm in deutschen Landen höchstens Anzengrubler und geschaut und gehört hatte: die furchtbare soziale Not und die Verzerrungen der Seele, welche dieses Elend im Einzelnen und im gesamten Proletariat Tag um Tag, Minute um Minute aufsteigend, ließ er zuerst im „Vor Sonnenaufgang“, im „Friedensfest“ und im „Einsame Menschen“ individuelles Leid aus dem sozialen Widersinn der Gegenwart emporwachsen, dann stellte „Die Weber“ und „Florian Oeyer“ die Tragik der Massen dem fatten Philistertum vor Augen. Um die Armlen der Armen, um die Ausgestoßenen und Elenden legte seine gütige Hand einen leuchtenden Märtyrerschein, sodas ein sterbendes Kind im Armenhaus, oder ein in der Kiste des Kindesmord gehektes Mädchen Mitleid und Furcht zu wecken vermögen, wie des Sophokles Halbgotter und wie Shakespeares Könige. Wenn Hauptmann das Andenken Christi in unsere Zeit herabgeschwört, wenn er vornehm scherzt oder tiefste Weisheit zum großen Symbol ausgestaltet, immer und überall legt er sein von Teilnahme und Liebe erfülltes Herz in die Menschen und Dinge und deshalb darf sich ihm jeder nahe fühlen, wie einem trauten, verständnisvollen Freunde. Die deutschen Arbeiter haben schon von Hauptmanns Frühzeit her gefühlt, wie warm sein Herz für sie schlägt, und deshalb haben sie ihm unwandelbar die Treue gewahrt. Aus dieser treuen und Liebe heraus begrüßen wir ihn auch in unserem Prag.

Der Sündenlohn. Diesen Namen hat der große sozialistische Schriftsteller Americas, Upton Sinclair, den großen und kleinen Summen gegeben, die von der bürgerlichen Presse und denen, die in ihrem Golde stehen, als Entlohnung für ihre elenden und niedrigen

### Feuilleton.

#### Die Hanna.

Von J. J. David.

„Ich hab' allerhand Zeichnungen gemacht. So tolles Zeug, wie ich's aus den Besiden mitgebracht hab', und Einfälle. Die hab' ich ausgefertigt und da und dorthin geschickt, und man hat sie mir genommen und gut gezahlt. Das war mir recht; wegen meines Bruders, damit er sieht, daß meine Kunst nicht so brotlos ist, wie er vielleicht meint. Aber zufrieden war ich nicht damit. Das sind Fragen, und es ist nicht meine Sache, und ein anderer kann das schon besser.“

„Sie haben auch oftmals Kriegsrat über mich gehalten, ich kann es nicht anders heißen, der Josef und die Josefa. Er war nämlich ein sehr kluger Mensch, ohne daß er etwas gelesen hat, nur seinen Kalender. Den hat er auswendig gelernt, glaub' ich, jedes Jahr. Was er angepaßt hat, das hat einen festen Griff und einen guten Schick gehabt, und es hat nichts auf der Welt gegeben, was er nicht verstanden und er für sich auch gedacht hat. Nu, das hat man ja im Dorf auch gewußt. Nur ordentlich geschämt hat er sich seiner großen Klugheit und war also schweigsam, und sein Weib ist es mit ihm auch geworden. Es sind zwei prächtige Menschen; tu niemanden nit, aber wollen auch von keinem was; sind ganz ohne Wut und ohne Genuß.“

„Da bist er einmal auf der Ofenbank und hat seine Raft. Es ist ziemlich kalt den Tag,

und er hat seine Pfeife geraucht und nachgedacht; halt über Steuern und warum der Weizen so billig ist. Und ganz unerwartet sagt er mir, der ich am Fenster sitze und Arabesken ausdenke: „Du, Florian, wenn ich nicht verheiratet war!“

„Ich übergehe gerade eine Platte mit Wachs, weil mir das Radieren Spaß zu machen angefallen hat. Und ich stelle mir vor, eine Meerlakenmusik mit den Schwänzen, wenn sie immer ineinander greifen, müßt eine gute Wirkung tun und sehr drollig sein, wenn ein alter, richtiger Meerlater machte den Takt. Und so brumme ich denn für mich: „Dann wärst du eben ledig, Josef!“

Er lacht in sich. „Dast recht. Aber das weiß ich ohne dich. Ich wüßt' mir nachher eine.“

„Ist ein Gluck, daß die Josefa nicht in der Raft ist.“ Sagt ich ihm. „Und nur eine? Ich wüßt' mir schon gar viele.“

Er wird nicht ungeduldig: „Zur Frau, mein' ich, täl' ich mir eine wissen.“

„Was hast denn von der Wissenschaft? Du hast doch dein Weib, und du hast's gern, wie sie es verdient. Oder ist sie vielleicht nicht brav, die Josefa?“

„Sehr brav ist sie. Ganz wie eine soll. Zur Arbeit und zu den Kindern. Und sie kann auch schweigen.“

„Also, wüßt' ein Türke werden?“

Er schielt mich an: „Hät' was für sich, meint du! Na, in der Stadt, und gar ihr auf der Akademie, ihr lebt doch so wie die türkischen Feiden.“

„Aber glaubst du, die Josefa müßt' dir's erlauben. Frag' sie — oder frag' sie lieber

nicht. Denn sie könnt' mehr reden, als dir recht wär.“

Er schüttelt sich vor innerlichem Lachen; ich sehe das wohl, obwohl nicht er und nicht ich eine Miene verziehen: „Will auch gar nicht. Aber wenn ich jünger wär und nicht beweibt, ich wüßt' mir eine.“ und er schlägt sich nachdrücklich auf die rote Hofe und klopft seine Pfeife in die Linke aus. Denn sein Weib hat sehr auf Reinlichkeit gehalten.

„Und — wer ist denn das Wunder?“

„Ich denk' — die Paula Zerab müßt' ich nehmen.“ Und er steht auf und redt sich: „Der Wind frischt sich. Wir kriegen gut Wetter.“

„Ich hab' meinen Bruder nicht oft so ausführlich und so in Säben reden hören. Und so bleibt mir das. Und dann, ich hab' in meinem Leben nicht an die Paula Zerab gedacht und konnte sie mir nicht einmal vorstellen. Aber das ist nun einmal so: hörst du, einer hat etwas gekauft, so wunderst und ärgerst du dich, daß du es nicht warst, und wenn du keinen Gedanken hast, wozu du das brauchen tätest. Und einer begehrt etwas, so müdest du es augenblicklich selber haben. Das ist bei den Kindern so, und das wird bei den Großen nicht anders, und es bleibt das ganze Leben und es ist damit nicht fertig zu werden.“

Also, ich sehe nach der Paula, die eine Bauerntochter ist neben uns. Die Leute sind sich ganz gut gestanden — halbes Leben ohne alle Schulden — und sie war das einzige Kind. Vielleicht hat das mein Bruder so gemeint; wenn sie nämlich einander geheiratet hätten, so wären die beiden Hofe zusammengelommen und das wär' dann freilich ein Besitz gewor-

den, den man herzeigen kann, freilich nicht das, was er jetzt so unter sich hat. Ich hab' mir's nicht anders denken können; denn wahr war an dem Mädel wahrhaftig nicht mehr, als an jeder, die da bei uns herumlauft.

Sie war sehr schüchtern, oder hat so getan. Auch war sie noch sehr jung. So an die fünfzehn herum war sie. Die Augen hat sie immer so gehalten, als suchten sie was auf dem Boden, vielleicht den gestrigen Tag. Nicht einmal bestimmen hätte man können, von welcher Farbe sie gewesen sind, vor den sehr langen, schwarzen Wimpern. Sie war groß und hat sich sehr gut gehalten. Und bei der Arbeit, zum Beispiel, wenn sie einen Schieblarren mit grünem Futter, das doch sein Gewicht hat, vor sich hergestoßen hat, da hat man gesehen, wie kräftig sie ist und daß sie ganz ohne Fehler gewachsen sein muß und daß ihr die Arbeit Spaß macht. Und vielleicht: hat sich mein Bruder das vorgestellt. Denn eine Bäuerin hat nun einmal kein leichtes Leben und viel auf sich.

„Aber für mich hat das doch keinen Sinn gehabt. Und ich hab' mir's nicht nehmen lassen: der Bruder hat gewußt, warum er sie mir in die Gedanken gesetzt hat. Denn er hat noch lieber etwas unsonst getan, wie unsonst gesprochen. Und so hab' ich an die Paula mehr gedacht, als ich für möglich gehalten hatte.“

„Endlich, was ist so ein Mädel anders, als die anderen? Das redet man sich nur so selber ein. Und dennoch hab' ich einen gewissen Respekt vor ihr gehabt, weil sie mein Bruder mit

Dienste als Werkzeuge des Kapitalismus und Imperialismus eingehemmt werden. Upton Sinclair führt in seinem Buche „Der Sündenlohn“ hunderte Fälle gemeinsamer Korruption und unbegrenzter Bestechlichkeit aus der Geschichte des amerikanischen Journalismus, namentlich während der Zeit des Weltkrieges, an. Aber die kapitalistische Presse Europas steht ihrer Schwester jenseits des Ozeans in ihrer Empfänglichkeit für den Sündenlohn nur wenig nach. Das geht neuerdings aus einer Polemik der amerikanischen Wochenschrift „The Outlook“ gegen den Pariser „Temps“ hervor. Die amerikanische Zeitung veröffentlicht nämlich eine kleine telegraphische Anfrage vom 29. August 1916, bezeichnet „No. 3034/410/403, Vertraulich“, die Herr Retator vom Petersburger Auswärtigen Amt an den russischen Vizekonsul in Paris, Nowoliski, sandte. In dieser Anfrage wird erzählt, der Petersburger Vertreter des „Temps“, Ribet, habe sich im Auftrage seines Blattes an das russische Auswärtige Amt gewandt, mit der Bitte, dem „Temps“ 150.000 Francs jährlich während zweier Jahre zuzuwenden. Als Gegenleistung verpflichtete sich der „Temps“ 72 Petersburger Telegramme abzugeben, die zwar nicht gerade der französischen Politik zuwiderlaufen dürfen, die aber ganz und gar die auswärtige Politik dem russischen Standpunkte aus behandeln sollen. Herr Retator ist entzückt und forciert zugleich über dieses ebenso schöne wie selbstlose Anerbieten. Eine solche Nachrichteneinschmuggelerei kommt der russischen Politik wie gerufen. Aber immerhin, so erwidert Retator, steht ein Blatt finanziell noch auf festen Füßen, das derart um Gelder bettelt und das schon an und für sich „vom russischen Finanzministerium indirekt unterstützt wird und die Kosten der Telegramme seines Petersburger Korrespondenten von der russischen Regierung bezahlet“? — Der „Temps“ ist das größte und einflussreichste Blatt Frankreichs. Es verfocht seit jeher die Politik, die Rußland in den Krieg hineintrieb. Dabei handelte es selbstverständlich ganz aus innerster Überzeugung, welche Überzeugung es sich so nebenbei mit einigen hunderttausend Francs bezahlet ließ. Ein ansehnlicher „Sündenlohn“!

Der Christlichsoziale Heint, als Agitator der Schwarzen in ganz Deutschböhmen ziemlich bekannt, ein edler Schüler der österreichischen Meritale, ist dieser Tage in Billin gestorben, wo er seine Partei im Stadtrat vertrat. Heint war ursprünglich Maschinierhändler und Weinreißer, später reiste er überall im alten Oesterreich, namentlich in Deutschböhmen herum, um dort eine christlichsoziale Arbeiterorganisation zu schaffen. Das Geschäft ging schlecht, drum hängte er es nach dem Kriege an den Nagel und ging unter die Gewerbetreibenden, um aus ihnen einen christlichen Bund zu machen. Witten in dieser segensreichen Tätigkeit wurde er vom Herrn abberufen. An seinem Sterbelager weinte Erzbischof Lubowitz, Gott gebe diesem die Kraft, das Werk Heints zu vollenden.

**Kommunistische „Rechtshilfe“ vor Gericht.** Wünsch, der verantwortliche Redakteur der „Internationale“, hatte sich dieser Tage wieder einmal vor Gericht wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obhut zu verantworten, welcher Vernachlässigung es zuzuschreiben ist, daß die „Internationale“ den Obmann des Komotauer Konsumvereins verleumdete hatte. Wegen dieses und wegen eines

zweiten, ähnlichen Delikts wurde Wünsch zu 100 Kronen Geldstrafe oder zehn Tagen Arrest, zur Zahlung der Kosten und zur Veröffentlichung des Urteils in der „Internationale“ und in der Komotauer „Volkzeitung“ verurteilt. Interessanter aber als diese Verurteilung ist die Rechtfertigung des vornehmen Journalisten Wünsch, „daß die in der „Internationale“ erhobene Beschuldigung ohnedies schon von der „Volkzeitung“ als unwahr bezeichnet wurde.“ Warum hat also Wünsch, als er dies in der „Volkzeitung“ gelesen, den Sachverhalt in der „Internationale“ nicht richtiggestellt und die Verleumdung gut gemacht? Weil das antäuglich gewesen wäre — und das ist eben nicht die Sache kommunistischer Redakteure.

**Ein brutaler Vermieter.** In der Schallengasse in Prag betreibt ein gewisser Max Friedmann ein Geschäft unter der Firma Moissel. Der Mann gehört zu jenen, die in den letzten Jahren reich geworden sind. Seit längerer Zeit bewohnt nun bei ihm ein Fräulein Dr. K., eine junge Ärztin, ein Zimmer. Kaum war das Wohnungsbeschaunungsgefest außer Kraft getreten, kündigte Friedmann seiner Mieterin, wurde aber vom Gerichte abgewiesen. Was tat nun dieser Ehrenmann? Als Fräulein K. eines Abends nach Hause kam, fand sie nicht nur die Türe verschlossen, sondern auch mit Rosten verkrampft, so daß sie nicht in ihr Zimmer konnte. Das Fräulein fragte zwar wegen Verhältnisse, muß aber jetzt seit Wochen von einem Hotel zum anderen ziehen, muß von Bekannten alles, was sie benötigt, borgen, weil ihr nicht einmal der Zutritt zum Zimmer, in dem sie all ihr Hab und Gut verwahrt, möglich ist. Wir glauben, daß es doch möglich sein wird, diesem Emporkömmling, der von seinem Bruder, einem Praeger Mediziner, beraten und unterstützt wird, das Zimmer zu lösen. Es ist doch unerhört, wie ein Mensch der gerichtlichen Entscheidung in brutaler Weise Widerstand leistet und man muß sich fragen, ob da nicht Selbsthilfe am Platze wäre.

Die Enthüllung des Denkmals Peter Cingars. Sonntag, den 13. November wurde in Währisch-Strau das Denkmal des Helden der tschechischen Bergarbeiter Peter Cingar enthüllt. Alle Gruppen der Bergarbeiter waren vertreten. Anwesend waren weiterhin Vertreter der tschechischen sozialdemokratischen Partei und der genossenschaftlichen Organisationen, dann die Vertreter des Bergarbeiter- und Metallarbeiterverbandes. Tausende von Arbeitern versammelten sich auf dem Platz der Republik und zogen in großem Zuge um 3 Uhr nachmittags ohne Musik zum Zentralfriedhof, zu der Stätte, wo Cingar ruht. Als der Zug der Arbeiter sein Ziel erreichte, umringten sie wie eine Mauer das Denkmal Peter Cingars. Die roten, schwarz umflossenen Fahnen senkten sich wie auf einen Wink zur Erde. Beim Grabe sang der Verein „Marx“ aus Wladowitz einen Trauerchoral, die Massen lauteten entschloßenen Hauptes dem Trauerliede, das zum Gedankstapel des Todes Peter Cingars komponiert worden war. Am Grabe sprach zuerst der Sekretär Bergl. Er gedachte des Wirkens Peter Cingars als Führers der Arbeiterbewegung im Litrauer Revier. Er war der Propagator der Ideen des Sozialismus, der verkörperte Internationalist. Jedem stand er durch Rat und Tat bei, der bei ihm Hilfe suchte. Als Proletarier war er geboren, als Proletarier lebte er und als Proletarier starb er. Aber sein Verbleiben war das eines Königs. Das Proletariat stiftete ihm ein Denkmal, das ein Ausdruck der Bestrebungen Peter Cingars und des Proletariats ist. Es stellt die kapitalistische Bedrückung und die Befreiung des Proletariats dar. Aber lehnen wir von dem Toten

zu den Lebenden zurück. Denken wir daran, daß bei uns im Revier zum Kampfe gerüstet wird. Daran wir aus bei dem Wahlspruch Cingars: Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit aller Menschen. Hieraus sprach Genosse Klein, der Vertreter der Metallarbeiter im Betriebsrat. „Ich bin beauftragt“, sagte er, „hier deutsch zu sprechen. Das Denkmal Peter Cingars ist ein schönes künstlerisches Werk, es stellt dar die Bedrückung des Arbeiters und seines Weibes. Alle leiden, beugen den Nacken und keiner weiß Rat. Schwere Felsblöcke türzen auf sie herab und drücken sie zur Erde. Aber da steht ein starker Mann, der sich Weg bahnt durch die Felsenmassen und allen hilft, denen der Tod droht und rettet sie. Nichts illustriert besser die Erziehung und Weckerarbeit der sozialdemokratischen Agitatoren wie dieses Denkmal. Ueber die Reinheit des Charakters Peter Cingars ist es nicht nötig, viele Worte zu machen. Er war uns allen ein Muster, leuchtete wie ein Leuchtturm in der weiten See allen auf den Weg, die sich retten wollten. Seine Hauptarbeit war, das Glend zu beheben und den Arbeiter auf eine höhere Stufe empor zu führen. Wir geloben, daß wir Peter Cingars in dem Wahlspruch folgen wollen: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ Der Delegierte der polnischen Genossen, Sekretär Gene, dankte Peter Cingars für alles, was er für die polnischen Arbeiter getan hat. Er wirkte für sie wie ein Vater und führte sie zu einem höheren sozialen und kulturellen Niveau. Die Organisation der polnischen Arbeiter ist ein Werk Peter Cingars. Hierauf wurde das „Lied der Arbeit“ gesungen. Die roten, schwarz umflossenen Fahnen senkten sich zum letzten Male über dem Grabe Peter Cingars, worauf sich der Zug der Arbeiter formierte und den Friedhof verließ. Niemand sprach, aber aus den Augen und den Herzen aller leuchtete die Entschlossenheit, in dem bevorstehenden Kampfe mit dem Kapital nach den Grundrissen Cingars zu handeln.

Die nationalökonomische Schulung erteilt wird. Im Hamburger „Trendenblatt“ finden wir folgendes Inserat:

**Schulung!**  
Wer schreibt in frischer erhellender Form unerschrocken und verheißungsvoll betriebl., sozialök., evtl. auch phantastische, für Massenabgab bestimmte Roman-Prosa in nationalökonomischer, sozialökonomischer, politischer, militärischer, moralischer, technischer u. v. m. inbegr. Zukunfts- und Entwicklungsmöglichkeiten, Realisierbarkeit und dergl.? Umfanga 20—30.000 Ziffern. Inhalt muß vollständig und sehr spannend sein. Postfrist 3 Monate mit Angabe der Lieferfrist, Honorarforderung sowie mit Selbstwahn unter E. D. 903 an J. u. v. l. d. d. d. Leipzig.

Die reichstheoretischen Reaktionen, die sich seit den schönen Tagen „National-Ökonomie“ herabgesetzt haben, suchen also ganz offensichtlich „Schulung“, die das Volk künstlich in militärisch-ökonomische Stimmung versetzen sollen. Man kann sich ja vorstellen, was für Tintenschüssel das wohl sein werden, die sich bereit erklären, innerhalb einer bestimmten Frist einen sensationellen oder phantastischen chauvinistischen Hintertreppeurroman zu liefern.

**Banknotenfälscher im Dienste der Justiz?**  
Im Jahre 1908 tauchten gefälschte Hundertkronen-Banknoten auf. Die Fälschungen waren meisterhaft durchgeföhrt. Alle Nachforschungen nach dem Fälscher blieben erfolglos. Später zeigten sich gefälschte Zwanzigkronennoten, dann Zweikronennoten, die alle durch die gleiche meisterhafte Fälschung darauf hinarbeiteten, daß der Fälscher ein und dieselbe Person sei. Nach dem Umsturz, als die ersten tschechoslowakischen Hundertkronennoten ausgegeben wurden, kamen auch solche Fälschungen in Umlauf. Am 2. August dieses Jahres entdeckten die Schüler Karl Frank und Frau

Wettner aus Dejowitz beim Baden in der Moldau in der Nähe der Ueberfuhr nach Troja vier kupferne Platten mit Negativen der österreichischen Banknoten. Später wurden noch eine Menge anderer Platten gefunden. Dem Oberpostinspektor Ametel gelang es, dem meisterhaften Fälscher auf die Spur zu kommen. Aus gewissen Anzeichen auf den Kupferplatten ließ sich schließen, daß eine von ihnen von einer Firma in Philadelphia fabriziert worden war. In den letzten Tagen kam nun aus Amerika die Nachricht, daß diese Platte am 4. August 1894 dem Photographen B. Cerny in Jungbunzlau geliefert worden war. Weiter wurde festgestellt, daß der Photograph Cerny mit dem Photographen Friedrich Cerny identisch ist, der in einem Prager Redaktionsunternehmen tätig ist. Bei der Hausdurchsuchung wurden verschiedene Gegenstände vorgefunden, welche mit dem Funde in der Moldau im Zusammenhang stehen. Cerny wurde verhaftet und gestand, daß er durch 13 Jahre die Banknoten gefälscht habe. Von österreichischen Hundertkronennoten fabrizierte er 370 Stück, an Zwanzigkronennoten 100 Stück, an Zweikronennoten ebenfalls 100 Stück. Nach dem Umsturz blieben ihm 40 österreichische Hundertkronennoten übrig, zu welchen er die erforderlichen Stempel herstellte. An tschechoslowakischen Hundertkronennoten verfertigte er bloß 150 Stück. Als neuer in den Zeitungen Hausdurchsuchungen nach gekamferten Lebensmitteln angeündigt waren, entschloß sich Cerny, die Tafeln, die er bisher zu Hause verborgen hatte, in die Moldau zu werfen. Als Motiv für seine Fälschungen gab Cerny an, daß er die materiellen Mittel gesucht habe, um seine Erfindung zu Ende zu führen, mittels deren die Fälschung von Banknoten unmöglich gemacht werden sollte. 13 Jahre habe er ununterbrochen an dieser Erfindung gearbeitet. Besonders traurig sei der Zufall, daß gerade in dem Augenblick, als er seine Erfindung vollendet hatte, seine Fälschungen entdeckt und er verhaftet wurde. Die Erfindung, welche Cerny dann im Sibirien-Departement vorführte, ist in der Tat überraschend und es scheint, daß mittels ihrer wirklich die Fälschung von Banknoten wesentlich erschwert wird. Der Erfinder Cerny wurde gestern wegen des Verbrechens der Geldfälschung dem Landesstrafgericht eingeliefert.

**Handel mit gefälschten Hausierbewilligungen.**  
Im Sicherheitsdepartement lanote vor einigen Tagen die Anzeige ein, daß sich gefälschte Bewilligungen zum Hausierhandel im Umlauf befinden, welche scheinbar vom Praeger Gewerbetreibereferat ausgefertigt wurden. Detektive stellten fest, daß die Fälschungen der Oberpräsident des Magistrats Karol Benda durchführte. Benda wurde verhaftet und gestand, daß er die Bewilligungen auf das Ersuchen der Tuchhändlergattin Katharina Krebs aus der Suburbankasse durchgeföhrt habe, welche ihre Stoffreste loswerden wollte, indem sie rumänischen Händlern Hausierbewilligungen, besonders nach der Slowakei, verschaffte. Benda bekam für jede Bewilligung 300 Kronen. Er stellte auch Dekrete für den Hausierhandel auf Grund von Requisitionen aus und ließ diese während der Amtsstunden von seinen Unterrechnen ausfertigen. Auf diese Weise stellte er etwa 30 Bücher und sechs Dekrete aus, wofür er 10.200 Kronen erhielt. Es wurde dem Strafgerichte eingeliefert. 100 Milliarden Kronen stellen.

Achtung angesehen hat. Und so eine Reugierde war doch auch dabei.

„Manchmal, wenn ich im Freien aeseßen bin und Kizziert hab', und sie ist über den Hof, immer gleich, immer eilig und niemals haltend und mit einem Schritt, der sie so ansich selbst gehoben hat, so kräftig und so voller Schwung war er, hab' ich ihr über den Zaun herüber einen Spak zuerufen. Ich weiß nicht vielleicht hat sie ihn gern gehört. Denn sie haben mich für hochmütig gehalten, weil ich mit nemanemem oestrichen hab'. Na, worüber denn auch? Denn ich war in der Zeit, wo einem nichts wichtig ist, nur was sich auf die eigene Kunst bezieht; davon war ich ganz voll und eben über das hab' ich mit meinen Leuten doch nicht gut reden können, und mit dem Herrn Pfarrer auch nicht, und der Schullehrer war überhaupst ein Dohle.

„Einmal also sit' ich da, und sie ist im Krautgarten gewesen, jäten. Da muß man sich hüden und wieder aufkriechen; und die ganze Geschmeidigkeit des Körpers kommt zur Geltung, und man konnte so recht sehen, wie voller Ebenmaß sie sein muß. Ich lang' sie zu zeichnen an. Es war ein recht heller Tag, und die Sonne hat auf ihren Haaren geschienen, die sie zu einer Krone geflochten hat und die blond gewesen sind. Das macht einen feinen Effekt, wen da ein Gold zum andern getan wird, und ich merk' mir.

„Es geht recht gut. Wie ich aber fertig bin, nehm' ich und zeich' es. Das Kinot schrif, und sie erschrickt davon, sieht aber trotzdem nicht auf. „Das hat mich verdrossen. Warum tut sie so scheu und heilig, den' ich mit? Sie ist doch

genieß nicht so, sondern anders. Und man wird sie ja doch nicht in die Kirche stellen, weil sie so tut. Was warum verdeckt sie sich eigentlich vor mir? „Sanla“ ruf ich.

„Sie richtet sich zu ihrer schönen Höhe auf und hält, wegen der Blendung der in Komödie, die Hand vors Gesicht. Dann kommt sie ohne jede Eile zum Zaun: „Was will der Herr Florian?“

„Tu die Hand weg!“ befehl' ich.

„Sie tut's. Das Gesicht ist gewöhnlich. Stumpfe Nase; der Mund recht breit; wenig Ausdruck.“

„Und deine Augen darf man nicht sehn?“ Und ich bin herrlich und weiß nicht, mit welchem Recht. Nur wer sich für einen Städter zählt, der glaubt immer, den Bauern beschlen zu dürfen.

„Na, warum denn?“ und sie lächelt sehr schüchtern. Aber man sieht dabei, sie hat ganz wunderföhne Zähne.

„Hast du sie grau, wie eine falsche Rab? Oder sind sie gar zu klein? Oder warum darf man sie sonst nicht sehn?“

„Wieder das Lächeln. Und nun schlägt sie die Augen langsam auf, und ich erlaune. Groß sind sie und blau und sehr schön und voll von einem warmen Licht, ganz von innen heraus. Und das ganze Gesicht ist anders; und es steht eine Seele darin, die nur noch nichts von sich selber weiß. Und nun hör' ich auch erst, wie hüßlich und sanft sie spricht: „Wir sie mir der liebe Gott gegeben hat, so sind sie halt. Und ansehn darf man sie — warum denn nicht, Herr Florian?“ Und es ist gar keine Befangenheit an ihr.

„Sie hat sich nur so, den' ich mir. Damit ich mich wunder', daß sie so ganz ohne Eitelkeit sein soll. Den sie verblüffen einen und verbleiben das von Kindesbeinen und sind überhaupt viel klüger und verstellter, wie wir.“

„Tu nicht so, Sanla, du weißt ganz gut, sie sind schön.“

„Sie senkt sie wieder, und das ist nicht anders, wie wenn die Sonne weg ist hinter einer Wolke und die Ebene, die eben noch gelacht hat vor dir und verheißend war in ihrer Farbigkeit, ist grau und traurig und ohne Glanz. Und das verdrückt mich gar sehr und ich werde heftig: „Steh mir nicht so da! Ich ma dich nicht sehen, wie die Witwe, die ihren Mann unter der Erde sucht.“

„Rein Wort woher ich das Recht nehme, so mit ihr herumzukommen. Sie ist stumpf und dumpf, den' ich mir, und dumm überdies, und der Teufel weiß, wo sie ihre Augen her hat. Soll sie meinthalben gestohlen haben. Und ich bin ärgerlich über mich und über sie und über meinen Bruder, und es freut mich den Tag gar nichts, und sie geht wieder an ihre Sache und jätet weiter, und wie es ihr schwillt wird, so tut sie die Jade von sich, und ich in meinem Horn den' an eine Kuh, die starr und sich auch hebt und hüdt und weiter an nichts denkt und auch schöne sanfte Augen an sich hat. Aber da steckt doch etwas anderes darinnen, muß ich mir in aller meiner Galtigkeit denken.“

„Das ist so weiter gegangen. Und manchmal hab' ich das Mädel den ganzen Tag nicht gesehen, wenn auf dem Felde draußen zu tun gewesen ist. Natürlich, dann hat sie mir ge-

lakt. Denn ein neues Gesicht ist immer eine Auffrischung und man gewöhnt sich sehr bald dran. Im Sonntag, ehe sie in die Kirche gegangen ist, kommt sie mir auch zum Zaun. Da hat sie sich offenbar in ihrem Staat zeleben wollen, und der hat so etwas steifes an sich mit den kurzen, rauschenden Röden über den roten Strümpfen. Scheuklids, kann ich die soen, gerade bei ihr. Denn sie hat das Schmeisame von einer Weidenorte. Also den' dir das aus. Aber ich find' mir auch nichts, was sie anziehen sollte.

„Sie ist nicht dumm, und sie ist toleher nicht klug. Sie lebt wie eine Iebe und hat dennoch ein Gefühl, als wäre sie etwas anderes und besseres. Und eine traurige und ernste Stimme hat sie, voll Gutmütigkeit, die man sich nicht zornig denken kann, und ist ganz allein. Und sie steht sehr gut und richtig und denkt nach, und sie singt gerne. Und dann hat sie diese Augen, von denen ich dir schon gesprochen habe, und ein Lächeln, ganz vor innen heraus, ganz merkwürdig. Es wird einem warm dabei, und man möcht' es immer wieder sehen, wie es so schüchtern kommt und um die Lippen spielt und in den Augenwinkeln kleine Fältchen macht, ganz kleine, die gar nicht nach Alter aussehen. Junge Mütter haben sie, wenn sie ihr Erstes recht herzlich vor sich haben. Und ich weiß nicht einmal, ob sie hellauf sein kann und lustig. Und sie ist sehr leicht zum Weinen zu bringen; und wenn ich sie rufe, so kommt sie und steht sich sehr ernsthaft an, was ich gezeichnet hab' genug vor ihr, und es ist etwas ganz Wehloes an ihr.“

(Fortsetzung folgt.)

### Heran an die Massen!

Das ist der neueste Schlagtruf der Kommunisten. Nachdem sie monatelang im Kampfe gegen die Sozialdemokratie behauptet haben, die Massen ständen hinter ihnen, machen sie plötzlich eine neue Entdeckung: Sie müssen das Proletariat erst erobern. Die Art, wie die Kommunisten die Massen erobern wollen, charakterisiert in treffender Weise der deutsche Kommunist Hans Meyer in der von Paul Levi herausgegebenen Zeitschrift „Unser Weg“: „Heran an die Massen!“ ist die Parole, die nunmehr die praktische Auslegung bekommen soll, die an klassisch-protestantische Beispiele zeigt, wie die besten Parolen nicht verstanden, in ihr Gegenteil verkehrt werden können, und das durch einen Gedanken der Körperlichkeit, die ein Privileg darauf haben scheint, von allen Freiwegen, die der kommunistischen Bewegung nicht erspart bleiben konnten, die unsinnigsten zu verlassen: die Exekutive der Kommunisten die Köpfe, dem Ruf „Heran an die Massen“ zur Verwirklichung zu verhelfen durch — eine internationale Werbewoche. Wir haben nichts einzuwenden gegen Werbewochen, gegen eine zeitweilige außerordentliche Anspannung der Agitationskräfte der Partei und wir haben noch weniger einzuwenden gegen den Gedanken, den Jahrestag der russischen Revolution durch eine solche Anspannung zu feiern. Der Versuch aber, in einer Werbewoche die Verwirklichung des Rufes des dritten Kongresses der kommunistischen Internationalen zu sehen oder auch nur eine leichtfertige Verbindung beider Begriffe, die ihre Identifizierung zulässt, ist im höchsten Maße gefährlich, sagt sie doch die Parole „Heran an die Massen“ ihrem geraden Gegenteil, der Ideologie vom „Druck auf die Massen“, an nach dem die Massen des Proletariats das Mittel, das Objekt sind, an das die Partei „herangeht“, um es für ihre Zwecke in Bewegung zu setzen, und nicht das Subjekt proletarischer Politik, dem die Partei helfen und Führerin ist. „Heran an die Massen“ heißt nicht, acht Tage lang an die Massen herangehen, hat nichts zu tun mit dem wohlbekannten „in in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln“, und noch weniger mit dem preußischen Kommando der „Druckausübung“: Heran an den Feind!

Im folgenden deutet Meyer noch den Grundfehler der Taktik der kommunistischen Partei auf. Er sagt: „Was der Politik der Partei heute fehlt, ist demnach klar zu erkennen, es ist die eheliche Betrachtung der Situation und ihrer Erfordernisse, das Aussprechen, was ist. Aussprechen, daß Demonstrationen keine Revolutionen sind, daß nicht jede Regierungskrise eine „revolutionäre Situation“ ist, daß nicht in einer Periode rückläufiger revolutionärer Bewegung die Massen in dem Tempo kommunisten werden, die Kommunisten so schnell „heran an die Massen“ kommen können, wie zu Zeiten großer, sich steigender revolutionärer Kämpfe. Es muß ausgesprochen werden, daß die deutsche Bourgeoisie nach ihren Siegen über das Proletariat sich nicht nur politisch konsolidiert hat, sondern ihre Herrschaft auch wirtschaftlich festigen konnte. Die Reparationen, die zu Preissteigerungen durch Markentwertung und indirekten Steuern und damit zur Senkung der proletarischen Lebenshaltung führen, haben zugleich eine Konjunktur geschaffen, die es dem Kapital ermöglicht, die aus dem Sinken der Lebenshaltung entstehenden Konflikte nicht über den Rahmen wirtschaftlich-gewerkschaftlich geführter Kämpfe hinausgehen zu lassen.“ — Das Bekenntnis Meyers ist ein glänzender Beleg für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Politik und Taktik in den letzten Jahren.

### Ein Attentat auf Schiffschierin.

Königsberg, 14. November. (Wolff.) Am 1. November soll angeblich auf Schiffschierin in seinem Empfangszimmer ein Attentat verübt worden sein. Es seien auf ihn zwei Revolvergeschosse abgegeben worden, die fehlgingen. Der Täter sein ein Mitglied der sozialrevolutionären terroristischen Gruppe. Eine von radikalen Kommunisten geführte Kommission habe 3000 Verhaftungen vorgenommen. Der Präsident des Obersten Gewerkschaftsrates sei abgesetzt und die Kommission zur Bearbeitung der ausländischen Konzeptionen verhaftet worden.

### Die russische Hungersnot.

Frankreich bewilligt 6 Millionen Francs. Paris, 15. November. Die Senatskommission für Finanzen hat den Antrag auf Eröffnung eines Kredites von 6 Millionen Francs zur Hilfeleistung für die Hungernden Russlands unter der Bedingung angenommen, daß die 6 Millionen Francs dem französischen Roten Kreuz überwiesen und unter seiner Kontrolle verteilt werden.

## England und Japan zum Abrüstungsprogramm.

### Man merkt die Bestürzung.

London, 15. November. (Laurenzberg.) Dem Ministerpräsidenten werden ständig Berichte über den Fortschritt der Washingtoner Konferenz überreicht. Es ist ersichtlich, daß Lord Lloyd George, noch Valfour die erforderlichen technischen Kenntnisse besitzen, um die Anträge Hughes' sofort genehmigen zu können. Welche aber bezüglich nach dem „Daily Telegraph“ bezüglich die allgemeinen Grundsätze dieser Anträge, die jetzt durch die britischen Marinefachverständigen in Washington geprüft werden. Auch der Reichswehrminister wird bald einberufen werden, damit er die Anträge Hughes' prüfen. Inzwischen wird angenommen, daß in der heutigen Sitzung der Washingtoner Konferenz Valfour die völlige Uebereinstimmung mit dem Grundsatz der amerikanischen Anträge erklären werde. Er wird aber eine Herabsetzung der Anzahl der Unterseeboote unter 90.000 Tonnen beantragen. Nach dem Washingtoner Berichterstatter der „Times“ wird vielleicht Valfour auch besondere Anträge in Angelegenheit der Klassifizierung leichter Kreuzer vorschlagen und wird auf ihre Notwendigkeit für die Sicherung der Seepolizei auf den Haupthandelswegen hinweisen. Valfour wird auch auf die Folgen aufmerksam machen, die eine zehnjährige Pause im Schiffsbau auf die britischen Werften und ihre Angestellten nach sich ziehen würde. Der Hauptfaktor der Rede Valfours wird aber die grundsätzliche Unterstützung der amerikanischen Abrüstungsinitiative sein.

Der Washingtoner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ merkt: Obgleich sich im Hughesprogramm einige Punkte befinden, welche Änderungen bedürfen, wird es dennoch Lord Leeco, Admiral Beatty und den britischen Marinefachverständigen nicht schwer fallen, das Hughesprogramm anzunehmen, und zwar aus dem einfachen Grunde, da sie selbst Anträge vorbereitet, welche im Grunde von den amerikanischen Anträgen nicht abweichen. Man kann sogar sagen, daß diese Anträge in ihren Grundlinien mit denen Hughes' übereinstimmen.

Man erwartet, daß auch Japan heute vorbehaltlos die Zustimmung zu den zwei führenden Grundsätzen der amerikanischen Anträge, sowie die heutige „Westminster Gazette“ anführt, aussprechen werde: Erstens, die Verminderung der Schiffe auf Grundlage der Zahl der Wasserstraßen und zweitens, die Annahme der Basis fünf und drei als Verhältnis für die Stärke der britischen, amerikanischen und japanischen

Schiffe gegen Ende der zehnjährigen Frist in der der Neubau eingestellt werden soll.

Washington, 14. November. (Tsch. P. B.) Offiziell wird mitgeteilt, daß in der morgigen Sitzung der Konferenz, Valfour eine Rede halten wird, in der er im Prinzip den amerikanischen Vorschlag betreffend die Begrenzung der Rüstungen zur See annehmen wird.

Washington, 14. November. (Tsch. P. B.) Der japanische Delegierte Admiral Kato schloß Erklärungen an Journalisten mit den Worten ab: Die beiderseitigen Befürchtungen Japans und Amerikas sind verschwunden, ein Abkommen zwischen den beiden Staaten wird sicher beschloffen werden. Unter dieser Voraussetzung wird die japanische Delegation an die ins einzelne gehende Prüfung des amerikanischen Vorschlages herangehen, dessen Richtigkeit überlegend ist.

### Englands Abänderungsanträge.

London, 14. November. Reuters meldet aus Washington: Valfour wird vorschlagen, daß an Stelle der 10-jährigen Unterbrechung des Schiffbaus der Ersatz von Schiffen jählich in einem beschränkten Maße vor sich gehe und die Verhältnisse entsprechend verkleinert werden. Nach Hughes' Vorschlag müßten große Summen aufgewendet werden, um die unbekannt Anlagen in einem solchen Zustande zu halten, daß nach Ablauf von 10 Jahren wieder gebaut werden könnte. Großbritannien hält auch den für die Unterseeboote festgesetzten Tonnengehalt für zu hoch.

### Die Herren der Welt.

Washington, 15. November. (Gavas.) Die Führer der Delegation der fünf Großmächte beschloßen, daß die Frage der Abrüstung von einer aus sämtlichen Hauptdelegationen der fünf Großmächte bestehenden Kommission geprüft werden wird. Eine aus allen Hauptdelegationen der in Washington vertretenen neun Mächte zusammengesetzte Kommission wird sich mit dem Problem des Fernen Ostens befassen. Sämtliche auf der Konferenz vertretenen Staaten werden ihre Ansichten bezüglich des Hughes' Antrages äußern können. Alle wichtigen Fragen werden mit Ausschluß der Öffentlichkeit von Kommission oder Sonder-Unterausschüssen zusammengefaßt und erörtert werden.

## Befehle der Reparationskommission.

### Verfügt, 15. November.

In dem in einem Vorort Dresdens gelegenen Rostroh-Beck, welches Drehereimaschinen, Prägepressen und andere Maschinen herstellt, hat die Entente-Kommission nach angeblich versteckten und angekauften Waffen suchen wollen. Sie verlangte, daß die betreffenden Gebäudeteile niedergelegt oder gesprengt werden. Da die Leiter der Fabrik waren die Arbeiterschaft vor der Ueberzeugung waren, daß keine Waffen versteckt seien, verweigerten sie der Kommission den Eintritt in die Fabrik, stellten aber die Baupläne zur Verfügung und willigten ein, daß die Fabrik bewacht wird, damit ein etwaiger Abtransport der Waffen verhindert werde. Der Verdacht direkt sich vielleicht darauf, daß die Fabrik direkt den „Bründern vom Stein“ und der deutschnationalen Volkspartei angehöre.

### Ein Munitionsfund.

Berlin, 15. November. (Wolff.) Am Sonntag, den 12. November, hat in Potsdam in der Kaserne des früheren ersten Garde-Waren-Regiments Nr. 4, eine Entente-Kommission die Durchsuchung eines Stalles verlangt, um nach Munition zu forschen, die unter dem Stalle verborgen sein sollte. Die Truppen liegen sofort den Stall militärisch absperrten und am nächsten Morgen nach weiler Verständigung mit der Kommission die Durchsuchung bereitwillig durchführten. Es wurden 240 Kisten Munition gefunden, die dort mindestens zwei Jahre gelagert haben müssen, sodas die jetzigen Truppen in keine Beziehung zu ihr gebracht werden können. Die Munition wurde der Reichswehr-Gesellschaft übergeben. Es handelt sich um Patronen für Maschinenpistolen, die in der Reichswehr nicht geführt werden.

## Eine Gegenkonferenz der sibirischen Sowjets.

Washington, 15. November. (Laurenz.) Aus Tokio wird gemeldet, daß die japanische Regierung beschloßen hat, ihre Truppen aus Sibirien nach Abschluß der Verhandlungen abzurufen. Einer Zeitung Meldung amerikanischer Blätter zufolge, hat die sibirische Sowjetregierung, unzufrieden damit, daß sie zur Washingtoner Konferenz nicht geladen wurde, die kleineren asiatischen Völker zu einer Konferenz nach Irkutsk einberufen. Die Vertreter Siam, Indiens und der Philippinen sollen sich bereits auf dem Wege dahin befinden. Die Vertreter Koreas und Chinas werden, wie verlautet, erwartet.

China will selbständig sein. New York, 14. November. (Tsch. P. B.) Nach einer Meldung des „Tribuna“ aus Washington erklärte der chinesische Delegierte in einer Unterredung, China werde bei der Beratung des Stillens Ozeans und des Fernen Ostens auf der Konferenz den Antrag stellen, daß es ihm gestattet werden möge, sich als ein von der japanischen Kontrolle freie Nation zu entwickeln.

### Amerikas Friede mit Deutschland.

Washington, 14. November. Präsident Harding hat heute vormittags die Proklamation unterzeichnet, in welcher der Friede zwischen Amerika und Deutschland erklärt wird.

### Ende des Streiks in Rom.

Rom, 15. November. Nach vier Streiktage wurde Montag früh die Arbeit wieder aufgenommen. Im Verlaufe des Streiks war es wiederholt zu Zusammenstößen gekommen, wobei insgesamt sieben Personen, darunter zwei Polizisten, getötet und über 100 Personen, darunter

20 Wachen, verwundet wurden. Die bürgerlichen Blätter sagen, daß die Faschisten eine provokierende Haltung eingenommen hätten, vermieden aber darauf, daß der Streik von langer Hand vorbereitet war, wofür sie als Beweis die Entdeckung eines kommunistischen Waffenlagers im Vorort San Lorenzo und die Fortdauer des Eisenbahnstreiks in Neapel und Calabrien geltend machen.

### Einpruch Russlands gegen die Kalandsinseln-Konvention.

Moskau, 15. November. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Tschitcherin hat an den französischen Ministerpräsidenten Briand eine Note gerichtet, in der er ihn in Kenntnis setzt, daß die russische Regierung die Kalandsinseln-Konvention, die ohne Befragen Russlands abgeschlossen wurde, als für Russland nicht bindend betrachtet, vermieden Einspruch erhebt, daß Fragen, welche die Interessen Russlands in seiner Eigenschaft als Uferstaat des Baltischen Meeres betreffen, geregelt werden, ohne Russland zur Regelung einzuladen.

## Kleine Chronik.

Änderung von Lebensmittelgeschäften in Berlin. Berlin, 15. November. Heute Vormittag wurde in dem großen Vorort Neu-Adn eine erhebliche Anzahl Lebensmittelgeschäfte von Arbeitlosen geplündert, die plötzlich in Trupps von 150-200 Männern und Frauen auftraten, in die Geschäfte eindringen und Lebensmittel raubten. Die Geschäfte konnten wegen des überraschenden Auftritts der Trupps nicht rechtzeitig von der Polizei befreit werden. Zahlreiche Läden in Neu-Adn haben infolge der Vorgänge geschlossen. Die Schutzpolizei von Berlin hat starke Abteilungen nach Neu-Adn entsandt.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Kosten der Mobilisierung schätzte der Abgeordnete Dr. Kersch in jüngst in der Diskussion bei einem Ausschuss in scheidenden Klubs in Prag auf 900.000 Millionen Kronen. Freilich sind in dieser Summe die Ausgaben für Pferde nicht inbegriffen, die allein 400 Millionen Kronen betragen. Dabei konnte es sich der Herr Abgeordnete nicht vorstellen, daß die Soldat für diese letztere große Ausgabe den Deutschen zuzuschreiben, weil die zivilen Abschätzungskommissionen in Nordböhmen die Pferde zu hoch taxiert haben. Da manche Eigentümer von Pferden bei dieser „Requisition“ ein gutes Geschäft gemacht haben, wird es schwer sein, sie zur Rücknahme der Pferde zu bewegen. Es wird deshalb ein Gesetz herausgegeben werden, welches sie dazu zwingt. In einer beiläufigen Bemerkung gab Kersch zu, daß die Militärverwaltung die Gelegenheit der Mobilisierung dazu benützt habe, um die Armee entsprechend auszurüsten, was ihr sonst vom Parlament kaum bewilligt worden wäre. — In seinen weiteren Ausführungen befaßte sich Kersch mit der herrschenden Geldknappheit, welche er darauf zurückführt, daß sich in Handel und Gewerbe nach dem Kriege heimliche Zahlungsmethoden, nämlich die Barzahlung, eingeführt haben. Eine Abhilfe erblickt er darin, daß die Geschäftswelt mit Wechseln auf ein mindestens dreimonatiges Ziel zöge. Das Bankamt unterstützt diese Bestrebungen dadurch, daß es den Eskontozinssatz um ein halbes Prozent herabgesetzt hat.

Der Stand der Bodentreform. In der „Lidove Revue“ gibt Dr. Arceji einen Überblick über die bisherige Tätigkeit des Bodenausschusses. Mehr als ein Viertel des Bodens der ganzen Republik, nämlich 3.840.834 ha wurden beschlagnahmt. Davon entfallen 1.182.597 ha auf den eigentlichen landwirtschaftlichen Boden. Von dem beschlagnahmten Boden sind in die Hände von Kleinlandwirten etwa 220.000 ha landwirtschaftlichen Bodens gelangt, welcher den Großgrundbesitzern beschlagnahmt worden ist, und zwar über 100.000 ha in Pacht, über 120.000 ha direkt in Eigentum. Das macht etwa 10 Prozent aus oder annähernd das fünftel des bisher beschlagnahmten Bodens überhaupt.

Die Arbeitslosenunterstützung im zweiten Quartal 1921. Nach einer Zusammenstellung von Dr. Janis in der „Socialni Revue“ wurden im zweiten Quartal 1921 vom Staate unterstützt am 15. April d. J.: 31.944 Arbeitslose, am 15. Mai: 20.895 Arbeitslose, am 15. Juni: 20.047. Der überwiegende Teil der Arbeitslosen entfällt auf Böhmen: 15. April: 27.966, 15. Mai: 21.067, 15. Juni: 21.375. Von den vom Staate direkt unterstützten Arbeitslosen gebören 53,1 Prozent dem Textilgewerbe und 9 Prozent dem Metallgewerbe an. In der Textilindustrie ist ein Sinken der Arbeitslosigkeit zu beobachten, dagegen stieg die Zahl in der Metall- und Holzgewerbe (Metall- und Bauindustrie); ferner besteht in der nicht qualifizierten Arbeiterschaft und im Baugewerbe eine stetige Arbeitslosigkeit. In Böhmen seien Schlusssummen mit 654 und 154 mit 639 ununterbrochen Unterstützten an der Spitze der Bezirke.

Die Bedingungen für eine deutsche Auslandsanleihe. London, 15. November. (Wolff.) Die Vertreter von Londoner Finanzhäusern erklären, daß sie Deutschland kein Guthaben bewilligen würden, ausgenommen auf der Grundlage einer dauernden und befriedigenden Regelung des Problems der deutschen Reparationszahlungen, da der Wechselkurs der

